

Globale Nachhaltigkeitsziele – nationale Verantwortung: Gemeinsam den Wandel voranbringen

Abschlussveranstaltung der Reihe Nachhaltig Gut Leben
des Landes und
erste regionale Dialogkonferenz zur Weiterentwicklung
der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2020

Dokumentation des Workshops 3:

**Resiliente Städte und Infrastrukturen – wie muss
sich die Stadtplanung weiterentwickeln?
(SDGs 11, 9, 6)**

Veranstaltungsort: Stuttgart, Evang. Bildungszentrum Hospitalhof Stuttgart

Datum: 27. November 2019

Zahl der Teilnehmenden: ca. 50

Moderatorin: Dr. Brigitte Dahlbender, BUND Landesverband Ba-Wü

Experte/Expertin (Speed Speaker/in): Prof. Dr. Eckart Würzner, Stadt Heidelberg

Impulsgeber/in: Antonia Milbert, Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Protokollant/in: Simone Naumann, BUND Landesverband Ba-Wü

Wichtige Inhalte bitte verständlich in den folgenden sechs Kategorien notieren.

Übersicht:

1. Empfehlungen und Ideen für die Umsetzung von Maßnahmen mit Hinweis, an wen sich der Vorschlag richtet, z.B. die Bundesregierung, Landesregierung, Kommunen, Wirtschaft, Kirchen, Zivilgesellschaft, etc.
2. Welche Aspekte des Themas wurden besonders häufig genannt oder besonders intensiv diskutiert?
3. Wo gab es überwiegenden Konsens? Umgekehrt: Was war besonders strittig?
4. Besondere Hinweise zu den Zielen / SDGs oder den Indikatoren?
5. Besondere Hinweise der anwesenden Moderatoren / Impulsgeber
6. Prägnante Zitate, Aussagen, Meinungen

1. Empfehlungen und Ideen für die Umsetzung von Maßnahmen mit Hinweis, an wen sich der Vorschlag richtet, z.B. die Bundesregierung, Landesregierung, Kommunen, Wirtschaft, Kirchen, Zivilgesellschaft, etc.

- An Bundes- und Landeregierung: stärkere technische Vorgaben bei Neubauten
- Ebenso: stärkere Vorgaben beim Ausbau des ÖPNV sowie kritische Betrachtung der derzeitigen Vorgaben für Fördermittelvergabe. Regionalförderung des ÖPNV ist nötig. Die heutigen „Ausbauprogramme“ fördern fast nur die Anschaffung neuer ÖPNV-Fahrzeuge. Die Kommunen können aber den Ausbau z.B. des Straßenbahnnetzes nicht alleine finanzieren.
- WärmenutzungsVO
- Förderung von ÖPNV auch anders denken! Bsp. ÖPNV im ländlichen Raum in Heidelberg wird durch Umsteigeportale P+R gefördert, ähnl. dem „Straßburger Modell“.
- An Land und Bund: viele Orte im ländlichen Raum haben eine desolate Infrastruktur im Innenraum. Es braucht ein Förderprogramm zur Ortsentwicklung, um Flächen kaufen zu können.
- Kommunen: Steuerungsmöglichkeiten nutzen, indem man sich gut überlegt, welche Grundstücke für welche Art von Bebauung angeboten werden.
- Das Land sollte schlüssige und nachhaltige Gesamtkonzepte für die Innenentwicklung durch Beratung bzw. Finanzierung dieser unterstützen.
- Der Nachhaltigkeitsbeirat und die Landesregierung müssen überlegen, wie sie die Wissensdefizite zu vorhanden Förderprogrammen, Plattformen, Planungshilfen usw. bei den Kommunen abschaffen können.
- Bund: prüfen, inwieweit man Mieter gesetzlich an die Abnahme von PV-Strom binden kann, der mit Anlagen auf ihrer Wohneinheit erzeugt wird. Als Bsp. werden Pfarrhäuser genannt, die entweder der Kirche oder dem Staat gehören und viel Potential für PV bieten. Wenn hier ein neuer Pfarrer einzieht, ist er nicht an die Abnahme von PV-Strom gebunden, kann man das ändern? Diese Frage kann von den Anwesenden nicht beantwortet werden.

2. Welche Aspekte des Themas wurden besonders häufig genannt oder besonders intensiv diskutiert?

- Warum gibt es keine städteplanerischen Masterpläne für große Städte?
- Wie findet man politische Mehrheiten für dringend nötige städteplanerische Maßnahmen?
- Ist die Bürgerbeteiligung mit „Zukunftsanwalt*in“ sinnvoll?
- Problematischer Wohnungsmarkt für ältere Menschen (Dilemma, dass diese oft in Teilgemeinden in großen Häusern wohnen, die ursprünglich für die ganze Familie Wohnraum boten. Nun sind die Kinder aus dem Haus, ein Verkauf würde aber weniger Finanzmittel Erlösen, als für den Kauf z.B. einer modernen zentral gelegenen Wohnung nötig sind).
- Welche Modelle gibt es für den ÖPNV im ländlichen Raum?
- Warum werden in Umlandgemeinden immer neue Baugebiete (mit traditionellen Bebauungsplänen für EFHs) erschlossen?
- Bedeutung des „Multitalents Straßenraum?“
- Wie steigert man die Akzeptanz für mehrgeschossiges Bauen?
- Welche Anreize für sozialen Wohnungsbau gibt es für Kommunen?

3. Wo gab es überwiegenden Konsens? Umgekehrt: Was war besonders strittig?

- Überwiegender Konsens war bei allen Wortmeldungen, dass die Stadtplanung viel stärker auf Belange des Flächen-, Klima- und Naturschutzes ausgelegt werden sollte, der Gesetzgeber dafür die Voraussetzungen schaffen muss und derzeit die demographische Entwicklung zu wenig berücksichtigt wird. Derzeit steigt die Wohnfläche/Person in Deutschland an, zum Teil auch unfreiwillig (s.o.: problematischer Wohnungsmarkt für ältere Menschen). 20 Jahre gab es außerdem keinen sozialen Wohnungsbau mehr, nun hinkt Deutschland hinterher.
- Diskutiert wurden die möglichen Wege zur Problemlösung, die an politischen Mehrheiten nicht vorbeikommen.

4. Besondere Hinweise zu den Zielen / SDGs oder den Indikatoren?

Keine

5. Besondere Hinweise der anwesenden Moderatoren / Impulsgeber

Dr. Dahlbender weist darauf hin, dass in Deutschland 2050 laut Prognose 80% der Bevölkerung in Städten leben werden. Dies bringt viele Herausforderungen für Klimaschutz, Flächenmanagement usw. mit sich. Wie kann sich die Politik diesen Entwicklungen künftig stellen?

Prof. Dr. Würzner betont eine dringend nötige Unterstützung für die Kommunen bei verschiedenen städteplanerischen Maßnahmen. Es müssten Möglichkeiten geschaffen werden, Dinge umsetzen zu dürfen („Ermöglichungskultur“ durch gesetzliche Vorgaben und finanzielle Unterstützung). Siehe dazu auch 1.

Weiter rät er dazu, Menschen, die politische Verantwortung tragen, für die Ziele einer nachhaltigen Stadtplanung zu begeistern (und nicht nur: überzeugen zu wollen). Dabei müssten jedoch auch die Zielkonflikte klar benannt werden, z.B. bei Photovoltaik und Landwirtschaft.

Frau Milbert weist bei der Frage, wie nicht weiter ausufernde Städte zu schaffen seien, darauf hin, dass in manchen Bundesländern die Entwicklung der Kommunen an die Prognose des Bevölkerungswachstums gekoppelt wird.

Auf die Frage, wie der Beirat für Raumordnung auf Bundesebene die genannten Probleme angehen will, nennt Frau Milbert den Bodenbevorratungsfonds für Kommunen, der laut Vorschlag einer Kommission aufgelegt werden soll. Insofern seien Möglichkeiten vorhanden, sie müssten nur in die Fläche gebracht und umgesetzt werden.

Dr. Dahlbender erwidert auf die Frage, warum neue Baugebiete in Umlandgemeinden genehmigt werden, dass viele Kommunen kaum Ideen haben, wie sie die Entwicklung gestalten. Wenn die Stadtentwicklung so weitergeht wie bislang, gibt es kaum eine Chance

für Nachhaltigkeit beim Flächenverbrauch.

Prof. Dr. Würzner fordert, städtische Entwicklung völlig neu zu denken. Heidelberg lebt vom Zuzug, aber international. Wenn Deutschland als Land des Wissens diese Position halten wolle, müsse man auch die Leute halten. Dort, wo dies nötig ist, z.B. in den Unistädten, entspricht der Bedarf an Wohnraum nicht den klassischen Familienmodellen. Hier muss neu gedacht werden: weniger Einfamilienhäuser, stattdessen 3-4-geschossige bahnhofsnahe Bauten. Ebenso solle die Förderung über Baukindergeld gestrichen werden, um andere Vorhaben gezielt zu fördern: „eine Perlenkette von Bebauung entlang der S-Bahn-Haltestellen“.

Dr. Dahlbender fragt nach, was mit dem 1. und 2. Speckgürtel langfristig passieren solle? Welche Überlegungen gibt es dazu im bundesweiten Städtebau und in der Raumordnung?

Frau Milbert erwidert, dass es noch keine schlüssigen Ideen vor allem für die Häuser aus den 1970er Jahren gibt (s. auch: Wohnungsmarkt für ältere Menschen). Es braucht viel Umbau.

Auf die Frage nach der Zukunft des autonomen Fahrens, die alle Expert*innen noch eher als Vision der Autoindustrie sehen, entwickelt sich die Diskussion um das „Multitalent Straßenraum“. Dr. Dahlbender bezeichnet die autofreien Innenstädte als nötigen Kern einer resilienten Stadtentwicklung. Nur so könne im Zeitalter von Online-Shopping die Innenstadt wieder attraktiv für den Einzelhandel werden/bleiben. Frau Milbert stimmt ihr zu und berichtet von einigen Modellprojekten. Letztlich könne das Bundesinstitut aber immer nur Input geben, die Politik entscheidet.

Auf die Frage nach Anreizen für sozialen Wohnungsbau antwortet Frau Milbert, dass der Bund ab 2020 1 Milliarde Euro zur Verfügung stellt, um Grundstücke zu kaufen.